

Protokoll Nr. 6 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Umwelt und Klimaschutz“ des Beirats Schwachhausen am 27.04.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 20:00 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss Songül Aslan
 Miriam Benz
 Gudrun Eickelberg
 Dr. Michael Fillié
 Markus Gonther
 Dr. Vera Helling
 Malte Lier

- b) als beratendes Fachausschussmitglied
 Frank Bergmann

- c) aus dem Beirat Dr. Vera Helling

- d) vom Ortsamt Thomas Berger
 Henrike Wunsch-Lautebach

- e) Gast Klaus Prietzel (Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.)

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll der Sitzung am 12.01.2021 wird genehmigt.

TOP 1: Solaranlagen auf öffentlichem Grün

Klaus Prietzel berichtet, dass der Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) sowie weitere Verbände und Initiativen einen offenen Brief an die Bremer Beiräte gerichtet hätten, um das Thema „Solarcity Bremen – Initiative aus den Stadtteilen dringend erforderlich“ voranzubringen. In Berlin sei das Programm „Solarcity Berlin“ seit drei Jahren erfolgreich in der Umsetzung. Nun sei geplant, das Programm auf Bremen zu übertragen. Das Bremer Potenzial in der Solarenergie betrage 1.000 Megawatt. Die derzeitig installierte Leistung liege lediglich bei 50 Megawatt. Bremen stehe also noch ganz am Anfang. Der BUND strebe an, in Bremen bis 2030 1.000 Megawatt zu erreichen. Herr Prietzel sieht vor allem Flächen auf und an öffentlichen Gebäuden als geeignet für Solaranlagen. Aber auch Freiflächen seien für eine Installation denkbar. In der Eislebener Straße 75 (Vahr) beispielsweise seien bereits Solarmodule in die Fassade integriert. Bei denkmalgeschützten Gebäuden gebe es Spielräume, Neubauten seien aber grundsätzlich besser geeignet. Auf Nachfrage aus dem Fachausschuss erläutert Herr Prietzel, dass das genaue Potenzial für Schwachhausen noch ermittelt werden müsste, was der Beirat voranbringen könnte. Im Solarkataster¹ Bremen seien aber bereits geeignete Dächer aufgeführt.

Der Fachausschuss erkundigt sich, inwieweit eine Landesförderung für private Investoren in Photovoltaik geprüft worden sei. Herr Prietzel erklärt, dass Photovoltaik in Bremen nicht zusätzlich gefördert werde. In anderen Bundesländern gebe es z.B. die sog. Stromspeicher-Förderung. Rechnerisch lohne sich die Investition aber bereits, wenn 40-50% des erzeugten Stroms selber verbraucht würden. Für private Haushalte biete die Verbraucherzentrale Bremen

¹ Mehr Informationen erhalten Sie [hier](#).

eine umfassende Solarberatung an. Seit dem 01.05.2021 bestehe auch die Möglichkeit, eine kostenlose Visite eines Beraters zu Hause vornehmen zu lassen. Unternehmen könnten sich beim BUND umfassend beraten lassen. Grundsätzlich steige das Interesse an Solarenergie.

Der Fachausschuss erkundigt sich, ob bei einem Einfamilienhaus beispielsweise eine Dachbegrünung oder ein Solarpanel klimapolitisch sinnvoller wären. Herr Prietzel erläutert, dass sich beide Konzepte kombinieren ließen.

Anschließend diskutiert das Gremium das weitere Verfahren und einigt sich darauf, zunächst bei Immobilien Bremen (IB) weitere Informationen zu Solarpotenzialen auf öffentlichen Grundstücken einzuholen (geeignete Dach-, Fassaden- und Freiflächen; Priorisierung der geeigneten Flächen; Beteiligung private Nutzer*innen, bspw. von Energiegenossenschaften; Erkenntnisse über die Nutzbarkeit privater Potentiale, bspw. in Form großer Dachflächen).

Abschließend verständigt sich der Fachausschuss einvernehmlich auf folgenden Beschluss zur Installation von Solaranlagen durch private Bauherr*innen:

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert,

- bei der zukünftigen Aufstellung neuer Bebauungspläne die Nutzung von Dach-, Fassaden- und Freiflächen für photovoltaische Anlagen vorzusehen;
- bei Neubauprojekten sowie größeren Umbauvorhaben durch private Eigentümer*innen beratend darauf hinzuwirken, vorhandene Flächenpotentiale für die Installation von photovoltaischen Anlagen zu nutzen und dabei auch auf die Möglichkeit, private Energiegenossenschaften zu beteiligen, hinzuweisen und
- private Investor*innen zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten bei der beabsichtigten Installation von photovoltaischen Anlagen zu beraten.

TOP 2: Stadtbäume und deren Schutz

Herr Berger weist eingangs auf das „Sommerfällverbot“ (Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)) vom 01.03. bis 30.09. hin, das nicht nur Stadtbäume, sondern auch Hecken, Sträucher und Büsche umfasse. Des Weiteren seien die Stadtbäume durch die Baumschutzverordnung (Verordnung zum Schutze des Baumbestandes im Lande Bremen) geschützt. Bei Baumaßnahmen müsse laut Bauvorlagenverordnung seit 2019 im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens eine Baumbestandsbescheinigung vorgelegt werden. Dabei werde bescheinigt, welche Bäume auf dem betroffenen Grundstück und in dessen unmittelbarer Umgebung liegen.² Des Weiteren habe sich die städtische Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie in seiner Sitzung am 17.02.2021 mit dem sog. „Handlungskonzept Stadtbäume“ befasst.³

Der Fachausschuss weist daraufhin, dass die Verordnungen oftmals nicht eingehalten würden. Insbesondere das „Sommerfällverbot“ sei vielen Bürger*innen offenbar nicht bekannt, weil immer wieder Beschneidungen von März bis September zu beobachten seien. Auch auf Baustellen würde der Baumschutz oftmals nicht ausreichend berücksichtigt. Insbesondere sei festzuhalten, dass niemand dieses Fehlverhalten überprüfe. Offenbar fehle es an Personal. Darüber hinaus fehle es an Bügeln zum Schutz der Bäume, weil viele Autofahrer*innen beim Parken die Bäume beschädigen würden.

Herr Möller vom Umweltbetrieb Bremen (UBB), Gast der Ausschusssitzung, berichtet, dass bei UBB personell im Bereich des Baumschutzes aufgestockt werden solle. Außerdem werde er als zukünftiger Ortsamtsleiter das Thema weiterverfolgen.

Der Fachausschuss einigt sich darauf, einen Antrag zum Thema Baumschutz vorzubereiten und in den nächsten Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ zur weiteren

² Weitere Informationen zum Erhalt des Altbaumbestandes finden Sie [hier](#).

³ Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Abstimmung einzubringen. Herr Gonther (GRÜNE) bietet an, einen entsprechenden Entwurf vorzubereiten.

TOP 3: Projektidee „Wanderbaumallee“

Herr Gonther (GRÜNE) erläutert, dass das Projekt „Wanderbaumallee“ z.B. aus Köln oder Stuttgart bekannt sei. Junge Bäume würden dabei in Holzbehälter eingefasst und könnten an unterschiedlichen Orten immer wieder aufgestellt werden. Denkbar sei dieses Projekt z.B. in der Graf-Moltke-Straße. Derzeit seien mobile Bäume z.B. auch in der Obernstraße zu finden, z.T. mit angrenzenden Sitzmöglichkeiten. Das Projekt diene zur Begrünung und Aufwertung des Stadtbildes.

Der Fachausschuss begrüßt das Projekt und weist darauf hin, dass es als Klimaschutzprojekt sicherlich gefördert werden könne. Wichtig sei aber, Kosten und Standorte zu prüfen. Außerdem sei wichtig zu klären, wer für die Pflege und Wanderung zuständig sei. Herr Möller schlägt mögliche Baumstandorte vor. Frau Dr. Helling (GRÜNE) bringt stillgelegte Fahrradwege, die derzeit zugesperrt werden, als Standortmöglichkeit ein.

Herr Gonther (GRÜNE) schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um erste wichtige Fragen zu klären. Frau Dr. Helling (GRÜNE), Frau Aslan (SPD) und Herr Lier (Die Linke) schließen sich an. Herr Möller bietet an, unterstützend tätig zu werden.

TOP 4: Verschiedenes

Verkehrinsel Schubertstraße/ Georg-Gröning-Straße

Herr Berger erinnert an die Sitzung des Fachausschusses am 12.01.2021, auf der das Thema behandelt worden sei.⁴ Mitzuteilen sei, dass die Verkehrinsel bewachsen sei, als Baumstandort jedoch leider nicht infrage käme, da vor Ort Leitungen verlegt seien, die das Wurzelwerk beeinträchtigen würden.

Sprecher	Vorsitz	Protokoll
Gonther	Berger	Wunsch-Lautebach

⁴ Vgl. [Protokoll Nr. 5 TOP 4](#).